
Gisela Notz

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung und ihre Internationalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Über die Geschichte der Frauenbewegungen und ihrer Anfänge gibt es eine Fülle an Material und Erzählungen. Die weitaus meisten Narrative beziehen sich auf die bürgerlichen Frauenbewegungen. Das mag damit zusammenhängen, dass sie von bürgerlichen Geschichtsschreiber:innen erstellt wurden, die sich zudem in der Regel auf Theoriendebatten konzentrieren. Verwischt werden auch oft die Differenzen zwischen den Theoretiker:innen der bürgerlichen Frauenbewegung und der Arbeiterinnenbewegung, wodurch Klassengegensätze ausgeblendet werden.¹ In Wirklichkeit bestand aber nicht nur „ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin“, wie es Alexandra Kollontai 1913 treffend formulierte,² sondern auch zwischen den Bewegungen, auf die sich die jeweiligen Frauengruppen bezogen.

Mein Blick richtet sich im Folgenden auf die proletarische Frauenbewegung, die von Historiker:innen oft gar nicht als Frauenbewegung anerkannt wird, weil sie eng mit der Arbeiterbewegung verbunden war. Ihre Akteurinnen lehnten sich an die sozialistischen Parteien an – in den deutschen Territorien war das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage verhandelte und zu jener Zeit die einzige sozialistische Partei war. Es war die proletarische Frauenbewegung, die seit ihrem Bestehen eine intersektionale

¹ Zu den Trennlinien der Frauenbewegungen siehe Gisela Notz, „Kein einzig Volk von Schwestern“. Zum Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung, in: Vincent Streichhahn / Frank Jacob (Hg.), *Geschlecht und Klassenkampf. Die „Frauenfrage“ aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2020, S. 27–48, hier S. 31.

² Alexandra Kollontai, *Bedarf es eines Weltfrauentages?*, in: Prawda, 8. März 1913.

Perspektive verfolgte.³ Sie ging in ihrem Emanzipationsanspruch nie allein von der Geschlechterdifferenz aus, sondern gleichermaßen von den Klassenunterschieden und den Lebens- und Arbeitsbedingungen, die sich aus der Verschränkung von gender- und klassenspezifischer Unterdrückung ergaben. Die führenden Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung sahen die Emanzipation der Frauen im Zusammenhang mit einer Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Denn sie waren davon überzeugt, dass nur in einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keine Klassen gibt, die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht werden könne. Die überwiegende Zahl der bürgerlichen Frauen hatte daran hingegen kein Interesse.

Dieser Beitrag beleuchtet zunächst die Vorgeschichte und die ersten Organisationsformen der proletarischen Frauenbewegung sowie die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Aufgezeigt werden die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen der proletarischen Frauenbewegung, aus denen ihre Trägerinnen schließlich die Notwendigkeit einer internationalen Ausrichtung ableiteten. Die Internationalisierung der Frauenbewegung begann am Anfang des 20. Jahrhunderts, nahm einen großen Aufschwung vor dem Ersten Weltkrieg – und hat sich von den Folgen, die Krieg und Spaltung für die Arbeiterbewegung und damit auch für die proletarische Frauenbewegung mit sich brachten, bis heute nicht erholt.

Vorgeschichte

Der 23. Mai 1863 gilt als die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Partei. Ferdinand Lassalle (1825–1864) war maßgeblich an der Gründung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) in Leipzig beteiligt und amtierte als dessen erster Präsident. Ihn als Gründer der deutschen Arbeiterbewegung zu bezeichnen, wäre aber nicht richtig. Bereits um 1848 haben sich zahlreiche, zum Teil große Arbeiter-

³ Mit dem Begriff Intersektionalität wird auf die Verschränkung und Verknüpfung mehrfacher Diskriminierungsformen (z. B. Geschlecht, Klasse etc.) hingewiesen. Der Begriff wurde 1989 von der afroamerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw geprägt und ist heute ein wichtiger Standard in frauenpolitischen Debatten. Das Phänomen ist jedoch viel älter.

organisationen gebildet, wie zum Beispiel die *Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung* um Stephan Born (1824–1898). „Das Verdienst teilen sich viele, zum Teil namenlose Personen.“⁴ Gehörten auch Frauen zu diesen „namenlosen Personen“?

„Der Menschheit Hälfte blieb noch ohne Recht, blieb von dem Ruf: ‚Für alle!‘ ausgenommen / Ihr muß erst noch der Tag des Rechtes kommen“, schrieb Louise Otto (1819–1895) bereits während des deutschen Vormärz 1847 in dem Gedicht ‚Freiheit für alle‘.⁵ Frauen wurden von den Errungenschaften der Revolution von 1848/1849 ausgeschlossen. Rechtlos und politisch unmündig waren vor allem die Arbeiterinnen, noch rechtloser die Dienstmädchen, die oft sexuellen Übergriffen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt waren und denen nicht einmal ein Kündigungsrecht zustand. Lily Braun (1865–1916), selbst Wegbereiterin der proletarischen Frauenbewegung, beschrieb dies anschaulich: „Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrößten Teil seiner Arbeitskraft, der Diensthote verkauft seine Person.“⁶ Auch im 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche Ordnung nicht nur von Klassengegensätzen, sondern auch von Geschlechtergegensätzen geprägt.

Während der nicht vollendeten 1848er-Revolution hatten Frauen an der Seite der Männer auf den Barrikaden gekämpft. Sie forderten bürgerliche, politische und soziale Rechte in einer demokratischen Republik, auch für Frauen. Einige von ihnen, wie Amalie Struve (1824–1862)⁷ und Emma Herwegh (1817–1904),⁸ gingen in die Geschichte ein. Bis

⁴ Dieter Dowe, Ferdinand Lassalle (1825–1864). Ein Bürger organisiert die Arbeiterbewegung, Vortrag im Haus des Deutschen Ostens in München anlässlich des 175. Geburtstages von Ferdinand Lassalle am 10. April 2000. Reihe Gesprächskreis Geschichte Nr. 34, Bonn 2000, S. 5–25, hier S. 24.

⁵ Louise Otto, Freiheit für alle (1847), in: Renate Möhrmann (Hg.), Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente, Stuttgart 1980, S. 59–60, hier S. 59. Louise Otto wurde später als die Gründerin der bürgerlichen Frauenbewegung bezeichnet. In ihren frühen Arbeiten hatte sie sich stets auch für die Rechte der Arbeiterinnen eingesetzt.

⁶ Lily Braun, Die weiblichen Diensthoten, in: Gisela Brinker-Gabler, Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt a. M. 1979, S. 47.

⁷ Struve, Amalie, in: Gudrun Wedel, Autobiographien von Frauen. Ein Lexikon, Köln 2010, S. 833.

⁸ Hella Hertzfeld, Emma Herwegh (1817–1904). Eine femme politique, in: Gisela Notz (Hg.), Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte, Neu-Ulm 2020, 3. Aufl., S. 22–23.

1850 entstanden auch die ersten politischen Frauenvereine. Das Scheitern der 1848er-Revolution zog eine repressive Reaktion nach sich, die sich besonders heftig auf die Rechte der Frauen auswirkte. Preußen, Bayern und die meisten deutschen Staaten erließen 1850 Vereinsgesetze, in denen explizit bestimmt war, dass „Frauenspersonen“, neben Schülern und Lehrlingen, weder als Mitglieder politischer Vereine zugelassen noch „mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zweck in Verbindung treten [durften], insbesondere nicht durch Komites, Ausschüsse, Central-Organen oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel“.⁹ Was „politische Gegenstände“ waren, bestimmte „die Ortspolizeibehörde“, meistens ein örtlicher Gendarm. Und der hatte es besonders auf die Sozialistinnen abgesehen, weil die proletarische Frauenbewegung stark unter dem Einfluss der erstarken Sozialdemokratie stand. Für sie galt zwischen 1879 und 1890 zusätzlich das durch den Reichstag verabschiedete Sozialistengesetz, das alle sozialistischen Organisationen und damit auch die proletarischen Frauenzusammenschlüsse in die Illegalität trieb. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele Frauenbewegte aus dem Bürgertum, die „Radikalen“ ausgenommen, konservative Politik machen konnten. Diese Diskriminierungen per Gesetz hatten bis in das 20. Jahrhundert weitreichende Folgen.

Kampf an mehreren Fronten

Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstbotinnen mussten seit Beginn der Industrialisierung an mehreren Fronten um ihre Interessen kämpfen. Sie litten verstärkt unter den diskriminierenden Gesetzen und waren gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ihre Abhängigkeit von Arbeitgeber:innen oder Dienstherr:innen, die sie als billige Arbeitskavinnen missbrauchten, war enorm. Und sie kämpften gegen die zusätz-

⁹ Paragraph 8 der Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850, in: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, Nr. 20, Berlin 1850.

liche alltägliche Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts – auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie wurden als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt mit Misstrauen behängt und schließlich sogar dafür verantwortlich gemacht, wenn sie ihre „Familienpflichten“ aufgrund langer Arbeitszeiten vernachlässigten. Die meisten männlichen Genossen mussten erst davon überzeugt werden, dass Frauen ein Recht auf Erwerbstätigkeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit hatten.

Viele der Wegbereiterinnen der proletarischen Frauenbewegung waren als „blutjunge Mädchen“ in die großen Städte gekommen und hatten die Not und das Elend der Heim- und Hilfsarbeiterinnen oder der Dienstmädchen am eigenen Leibe erfahren. Als Dienstmädchen verdingte sich beispielsweise Pauline Staegemann (1838–1909), die aus dem Oderbruch nach Berlin kam.¹⁰ Als Heimarbeiterin musste die aus Raake in Oberschlesien stammende Otilie Baader (1847–1926) ihr Brot verdienen,¹¹ und auch Paula Thiede (1870–1919), deren Mutter bereits als Arbeiterkind aus dem brandenburgischen Waldenburg nach Berlin gekommen war, arbeitete als Hilfsarbeiterin.¹² Ihre Namen stehen für viele andere. Für viele Frauen war ein Umzug in die pulsierenden Städte die einzige Möglichkeit, dem noch ärmlicheren Leben auf dem Lande zu entgehen. Er beinhaltete zudem auch die Chance, durch parteipolitisches und gewerkschaftliches Engagement dem unterdrückten Dasein entgegenzuwirken und mit Gleichgesinnten solidarisch für eine andere, bessere Welt zu kämpfen. Berlin wurde zum Mittelpunkt der entstehenden proletarischen Frauenbewegung.

Viele Dienstbotinnen wechselten in die expandierenden Industriebetriebe und Manufakturen, wo sie sich regelmäßige Einkommen und größere persönliche Unabhängigkeit erhofften. Die neue Freiheit erwies sich allerdings als ambivalent, denn die Lohnarbeiterinnen mussten dau-

¹⁰ Gisela Notz, Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838–1909). Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3 (2005), S. 134–145.

¹¹ Otilie Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, 3. Aufl., Bonn 1979.

¹² Gisela Notz, Paula Thiede (1870–1919). Von der Hilfsarbeiterin zur Gewerkschaftsvorsitzenden, in: Dies. (Hg.), Wegbereiterinnen, Neu-Ulm 2020, S. 112–113.

ernnd um ihre Existenz kämpfen. Mit zunehmender Mechanisierung der Produktion wurden immer mehr Frauen in die Fabrikarbeit eingegliedert. Der Überschuss an erwerbslosen Proletarier:innen, die als „industrielle Reservearmee“ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen drückten, beförderte die schrankenlose Ausbeutung der Lohnabhängigen. In der Metallindustrie verdienten Frauen beispielsweise für die gleiche Arbeit durchschnittlich nur 60 Prozent des Männerlohnes.¹³ Kinder arbeiteten meist für die Hälfte des Lohnes eines Erwachsenen, bei ebenso langen Arbeitszeiten.¹⁴ „Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse“, schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im *Kommunistischen Manifest*.¹⁵ „Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort kapitalistischer Anwendung der Maschinerie! [...] Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis“, führte Marx im *Kapital* aus.¹⁶

Eine zentrale Forderung der Proletarierinnen war das Frauenwahlrecht. Ihr Kampf war eingebettet in den Kampf um eine allgemeine Wahlrechtsreform. Denn der Ausschluss vom Wahlrecht betraf nicht nur alle Frauen, sondern auch Männer, die je nach Klasse und Besitzverhältnissen unterschiedliche Rechte hatten. Mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurde für die Reichstagswahlen zwar das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime aktive und passive Wahlrecht für jeden „Norddeutschen“ eingeführt, der über 25 Jahre alt sowie im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte war.¹⁷ Jene Männer, denen durch Richterspruch die staatsbürgerlichen Rechte entzogen wurden oder die Armenunterstützung erhielten, besaßen aber

¹³ IG Metall-Vorstand / Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik (Hg.), *Wir streiten für bessere Zeiten. Geschichte der Frauen in der IG Metall 1871 bis 2005*, Frankfurt a. M. o.J., S. 20.

¹⁴ Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart*, Berlin 1947, S. 37.

¹⁵ Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, Köln 1850/1851, S. 9.

¹⁶ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 416.

¹⁷ Ute Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*, Baden-Baden 1998, S. 74 f.

wie alle Frauen kein Wahlrecht. Im Preußischen Haus der Abgeordneten galt bis zum Ende des Deutschen Kaiserreiches im Jahr 1918 zudem das Dreiklassenwahlrecht. Die Männer jedes Wahlbezirkes wurden demnach in drei Gruppen aufgeteilt, auf die je ein Drittel des gesamten Steueraufkommens entfiel. Jede der Gruppen wählte die gleiche Anzahl von Abgeordneten, sodass die Stimmen der wenigen Vermögenden über das gleiche Gewicht verfügten wie die der großen Masse der Besitzlosen.¹⁸

Selbstermächtigung der Proletarierinnen

Unter dem Motto „Können wir nicht wählen, so können wir doch wählen“ beteiligten sich die Proletarierinnen seit jeher an den Wahlkämpfen sozialdemokratischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter.¹⁹ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begannen sie zudem eigene Vereine und Verbände zu gründen. Ihre Proteste waren eine Variante politischer Partizipation, zu der sie sich selbst ermächtigten und für die sie große Opfer brachten. Sie wurden politisch geächtet, mit Gewalt und Existenzverlust bedroht, zu hohen Geldstrafen verurteilt und nicht selten ins Gefängnis geworfen. Das war auch in anderen Ländern so und erklärt die Tatsache, dass die proletarische Frauenbewegung zunächst „klein und engmaschig“ war und die Frauenkonferenzen, die seit der Jahrhundertwende stattfanden, keine Massenveranstaltungen waren.²⁰ Die Proletarierinnen dachten dennoch keinen Augenblick daran aufzugeben, weil sie von der politischen Notwendigkeit ihrer Agitationsarbeit überzeugt waren und weil sie sich der Solidarität Gleichgesinnter versichern konnten. Schon früh schlossen sie sich in den Industrieländern innerhalb der Arbeiterklasse zusammen. Das war notwendig, weil Frauen – bedingt durch unterschiedliche Herkunft und politische Vorstellungen – durchaus nicht die gleichen Interessen besaßen. Während die Sozialistinnen die Arbeiterinnen und Dienstmädchen vertraten, waren die

¹⁸ Gisela Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“, Bonn 2008, S. 8 f.

¹⁹ Zitat aus Christl Wickert, Heraus mit dem Frauenwahlrecht, Pfaffenweiler 1990, S. 72.

²⁰ Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin / Bonn 1979, S. 91.

Frauen der höheren Klassen an der Ausdehnung ihrer eigenen Privilegien interessiert. So fanden in Finnland – als dem ersten europäischen Land, in dem Frauen bereits 1906 für sich das Wahlrecht erkämpft hatten – heftige Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen und bürgerlichen Frauen statt.²¹ Letztere kämpften für die gleichen Rechte, die ihre privilegierten Männer besaßen. Zugleich akzeptieren viele von ihnen den Ausschluss aus der Politik als Notwendigkeit, die sich aus der ‚natürlichen Bestimmung der Frau‘, die ihren Platz im Haus des (eigenen) Mannes haben solle, ergebe.

Die ersten sozialistischen Frauenorganisationen in Deutschland

Am 28. Februar 1873 – knapp zehn Jahre nach der Gründung des ADAV – trafen sich in der Berliner Wohnung von Bertha Hahn²² in der ehemaligen Palisadenstrasse 27b im Arbeiterviertel Friedrichshain ungefähr siebzig Frauen. In dieser als „gemütliche Abendunterhaltung“ getarnten Zusammenkunft gründeten sie den *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein*, der als erste sozialistische Frauenorganisation gilt. Neben Berta Hahn, Johanna Schackow (gest. 1903) und Ida Cantius (gest. 1899) gehörte auch Pauline Staegemann zu den Gründerinnen.²³ Die später als „herausragende Gestalt“²⁴ beschriebene Staegemann übernahm den Vorsitz und gehörte – wie die meisten anderen Gründungsmitglieder – zur arbeitenden Bevölkerung. Der Verein fand regen Zuspruch, zu den Vereinsversammlungen kamen bald bis zu 600 Frauen. Ottilie Baader, die dem Verein später selbst beitrug, bezeichnete ihn als erste Frauenorganisation, die sich „auf den Boden der klassenbewussten

²¹ Gisela Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“, in: Bettina Bab / Gisela Notz / Marianne Pitzen / Valentine Rothe (Hg.), *Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa*, Bonn 2006, S. 94–107.

²² Für einige Aktive der proletarischen Frauenbewegung sind keine Lebensdaten auffindbar.

²³ Vgl. Franz Osterroth / Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1, Bonn 1975, S. 46.

²⁴ Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation* (wie Anm. 20), S. 55.

Sozialdemokratie“ stellte.²⁵ Offiziell hatte sich der *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein* der „geistige[n] und moralische[n] Bildung der Frauen sowie gegenseitige[n] Unterstützung in Notfällen“ verschrieben.²⁶ Die Formulierung eines politischen Zwecks hätte dem damals geltenden Vereinsgesetz widersprochen. In diesem Verein organisierten sich Dienstmädchen und Arbeiterinnen, vor allem Wäschenäherinnen, die weitestgehend Heimarbeit leisteten und deshalb schwer zu organisieren waren. Gemeinsam kämpften sie gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, für Lohngleichheit von Männern und Frauen, für eine bessere Ausbildung und für die völlige Gleichberechtigung der Frauen einschließlich des Wahlrechts.²⁷ Die Vereinsmitglieder einigte die feste Überzeugung, dass die Lage des weiblichen Geschlechts nur durch eine vollständige soziale Umwälzung der Gesellschaft verbessert werden könne.²⁸ Darauf bereiteten sie sich mit Lektüre und Studium zum Zweck „sozialistischer Bildung“ vor.²⁹

Clara Zetkin (1857–1933) missfiel dieser Verein – offensichtlich vor allem deshalb, weil ihm ausschließlich Frauen und Mädchen angehören durften und Männer gewöhnlich nicht einmal Zutritt zu den Vereinsversammlungen hatten. Die ihr verhasste und von ihr als ineffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ lastete sie einerseits der Sonderstellung der Frauen durch das Vereinsgesetz an, andererseits jedoch auch „feministischen Tendenzen [...] hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die von der bürgerlichen „Frauenrechtlerei“ zur Sozialdemokratie geführt worden seien.³⁰ Pauline Staegemann kann sie hiermit nicht gemeint haben, denn diese kam aus der Arbeiterbewegung. Im Fokus von Zetkins Kritik standen vor allem

²⁵ Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 22.

²⁶ *Frauen-Anwalt*, Nr. 1, 1973/74, S. 41.

²⁷ *Neue Westfälische Volks-Zeitung*, Nr. 74, 28. März 1890.

²⁸ *Neuer Sozialdemokrat*, Nr. 28, 7. März 1873. Vgl. auch Osterroth / Schuster, *Deutsche Sozialdemokratie* (wie Anm. 23), S. 46.

²⁹ Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation* (wie Anm. 20), S. 55.

³⁰ Ebd. Als Feministinnen galten damals bürgerliche Frauen, die für sich die gleichen Rechte forderten, die ihre Männer hatten. Proletarierinnen bezeichneten sich dagegen zu jener Zeit nicht als Feministinnen; sie wollten mit den Männern für gleiche Rechte für alle kämpfen.

bürgerliche Vereine, wie der durch Lina Morgenstern (1830–1909) im Jahr 1866 gegründete *Verein der Berliner Volksküchen*, der für arme Menschen und für reisende Soldaten Suppe kochte und Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis ausgab. Die aus karitativen Zwecken handelnde Lina Morgenstern veröffentlichte zwei Jahre später ein Buch über die Arbeit der Volksküchen sowie ein illustriertes Kochbuch und ging als „Suppenlina“ in die Geschichte ein.³¹

Die Proletarierinnen wollten dagegen keine bürgerlichen Wohltätigkeitsvereine gründen. Sie wollten keine Suppenküchen für Arme, durch die die Hungernden lediglich vorübergehend gesättigt wurden, die aber vor allem dazu geeignet waren, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Bedürftigen zu demütigen, deren Status als Bittsteller:innen und Arme bestätigt und befestigt wurde.³² Die Proletarierinnen wollten vielmehr an den gesellschaftlichen Wurzeln rühren, die die soziale Ungleichheit produzieren und reproduzieren. Deshalb wechselte Ottilie Baader, damals selbst Heimarbeiterin und Angehörige des Morgensternschen Vereins, zum *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein*. Sie war neugierig geworden, weil sie zuhören musste, wie die „Bürgerlichen“ die Sozialistinnen als „wahre Hyänen“ beschimpften.³³ Baader wollte diese „Hyänen“ kennenlernen – und ist ein Leben lang bei ihnen geblieben.

Bereits ein Jahr nach seiner Gründung wurde der Berliner Verein „vorläufig“ geschlossen. Die anschließende besondere Vorsicht der Frauen konnte nicht verhindern, dass der Verein im Jahr 1877 endgültig verboten wurde. Der Obrigkeit in Preußen war nicht entgangen, dass die Vorsitzenden und Mitglieder des *Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins* an der Wahlbewegung zugunsten der Sozialdemokraten teilgenommen hatten.³⁴ In den nur knapp fünf Jahren seines Bestehens hatte er allerdings Zeit genug gehabt, um sozialistisches Gedankengut und ge-

³¹ Zu Lina Morgenstern siehe Manfred Berger, *Frauen in der Geschichte des Kindergartens*. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 142–145.

³² Zu dieser Problematik siehe Gisela Notz, *Die neuen Freiwilligen*, 2. Aufl., Neu-Ulm 2000.

³³ Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 20.

³⁴ Ebd., S. 27.

werkschaftliche Vorstellungen unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Im Urteil, das dem Verbot zugrunde lag, hieß es dann auch, es sei nicht zu bezweifeln, dass der Verein die Tendenz verfolgt habe, vermittelt über die Frauen auch auf die Männer und Kinder sozialistischen Einfluss auszuüben.³⁵ Pauline Staegemann wurde deshalb zeitgleich zum Vereinsverbot wegen angeblicher sozialistischer Indoktrinierung von Kindern ins Gefängnis gesteckt.

Ähnliche Vereine in Berlin und anderen Städten Deutschlands wurden ebenso bald nach ihrer Gründung wieder verboten. Hierzu gehörte der *Frauen-Hilfsverein für Handarbeiterinnen*, den Emma Ihrer (1857–1911)³⁶ im Jahr 1881 mit Pauline Staegemann ins Leben gerufen hatte. Dieser Verein hatte den Ruf eines Wohltätigkeitsvereins, da die Mitglieder in zwei Klassen gespalten waren. Frauen und Männer bürgerlicher Kreise konnten eine Ehrenmitgliedschaft erhalten, wenn sie einen entsprechenden finanziellen Beitrag leisteten.³⁷ Der Frauen-Hilfsverein scheiterte letztlich an einem Schulrat, der die Versammlungen nicht in seiner Schule dulden wollte und entschied: „Für solche Frauenzimmer [das heißt für Arbeiterinnen, Anm. G.N.] sind die Räume nicht zu haben.“³⁸ Damit nahm er dem Verein die Möglichkeit zur Versammlung, die aufgrund des Versammlungsverbot es für Frauen woanders nicht gefunden werden konnten. Marie Juchacz (1879–1956) wusste später zu berichten, dass der Schulrat dieselben Räume für „Damenveranstaltungen“, also Versammlungen von bürgerlichen Frauen, sehr wohl hergab.³⁹

³⁵ Vgl. Marie Juchacz, *Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts*, Hannover 1971, S. 26; Baader, *Steiniger Weg* (wie Anm. 11), S. 27.

³⁶ Zur Person siehe Gisela Notz, *Emma Ihrer. Kämpferin gegen die „erbärmliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte“*, in: Willi Carl / Martin Gorholt / Sabine Hering (Hg.), *Sozialdemokratie in Brandenburg (1868–1933)*, Bonn 2021, S. 64–76, hier S. 65.

³⁷ Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf*, Hamburg 1898, S. 9. Emma Ihrer gehörte später als erste Frau der Generalkommission der Gewerkschaften an.

³⁸ Ebd.

³⁹ Marie Juchacz, *Emma Ihrer*, in: Dies., *Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin u. a. 1955, S. 22.

Die Frauen gaben keine Ruhe

Entgegen aller Repression: Die Frauen ließen nicht locker. So gründeten Pauline Staegemann, Gertrud Guillaume-Schack (1845–1903) und Ida Cantius am 15. März 1885 in Berlin den *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen*, der an die Erfahrungen des *Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins* anknüpfte. Marie Hofmann wurde zur Vorsitzenden, Pauline Staegemann zur zweiten Vorsitzenden, Emma Ihrer zur Schriftführerin und Gertrud Guillaume-Schack zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der Vereinszweck war dieses Mal auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausgerichtet; es ging ihm um die Wahrung „der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse“ und „die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten“. ⁴⁰ Dieser Zusammenschluss trat für „Lohngleichheit der Männer- und Frauenarbeit“ ein und rief alle Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, weil nur so ihre Situation verbessert werden könne. ⁴¹ Bereits auf der Gründungsversammlung traten dem Verein 350 Mitglieder bei, bald gehörten ihm um die 1.000 Frauen an. Den Aktivistinnen gelang es, Ärzte und Rechtsanwälte zu gewinnen, die den Arbeiterinnen ihre Dienste unentgeltlich zur Verfügung stellten. Gertrud Guillaume-Schack hob bei der Gründung die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung hervor: „Ohne inneres Anlehnen an die Arbeiterbewegung wird eine Arbeiterinnenbewegung niemals etwas schaffen oder leisten“. Sie fügte aber mit Blick auf das damals geltende Bismarcksche Sozialistengesetz und das preußische Vereinsgesetz hinzu: „Ein An-die-große-Glocke-Hängen dieser inneren Verbindung halte ich jedoch für durchaus überflüssig.“ ⁴² Der *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* aus Berlin inspirierte an vielen Orten zwischen München und Hamburg zur Gründung zahlreicher ähnlicher Vereine.

⁴⁰ Berliner Volksblatt, Nr. 64, 17. März 1885.

⁴¹ Aufruf des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen (1885), abgedruckt in: Gisela Brinker-Gabler (Hg.), *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt a. M. 1979, S. 386–387.

⁴² Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14966, Bl. 85.

Die Frauen dieses Vereins konnten einige Erfolge verbuchen. Ihre Kampagnen und Aktionen würden auch heute noch Aufsehen erregen: Im Jahre 1885 protestierten sie gegen einen durch den Zoll überhöhten Preis für das Nähgarn, den sie ihren Auftraggebern bezahlen sollten, was vor allem die Mantelnäherinnen betraf. Im April 1885 organisierten sie in Berlin eine Protestversammlung, die jedoch kurzfristig verboten wurde, sodass mehrere Tausend Menschen, die zum Versammlungsort geströmt waren, unter Polizeiaufsicht wieder nach Hause gehen mussten. Am 8. Mai 1885 richtete der *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* eine Petition mit Tausenden von Unterschriften an den Reichskanzler und an alle Fraktionen im Reichstag. Der Reichskanzler wurde hierin gebeten, statistisches Material über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in verschiedenen Branchen, über den Verkauf und die Lieferung von Arbeitsmaterial seitens der Arbeitgeber an die Heimarbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zu sammeln. Die Petition wurde zunächst im Hohen Haus liegen gelassen. Erst als die Konfektionsarbeiterinnen im darauffolgenden Frühjahr 1886 streikten, erinnerten sich die Abgeordneten an die Petition.⁴³ Infolgedessen wurde eine Enquete-Kommission eingesetzt, deren im April 1887 vorgelegtes Ergebnis zunächst ebenfalls folgenlos blieb. Der Konfektionsarbeiterinnenstreik führte allerdings dazu, dass Paragraph 115 der Gewerbeordnung am 15. Juli 1896 geändert wurde: Die Abgabe von Arbeitsmaterial durch den Arbeitgeber an die Heimarbeiterinnen durfte seitdem nur zu den ortsüblichen Preisen erfolgen.⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt war der Verein der Initiatorinnen aber schon lange verboten.

Im Mai 1886 hatte die Polizei zugeschlagen. Sie führte Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmte Briefe und sozialdemokratische Schriften. Dem *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* wurde ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz vorgeworfen, weil er „nicht bloß Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen hatte, sondern er

⁴³ Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf. Anfänge der Arbeiterinnen-Bewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben*, Hamburg 1898, S. 13 f.

⁴⁴ Zu diesen Aktionen siehe Osterroth / Schuster, *Deutsche Sozialdemokratie* (wie Anm. 23).

bestand nur aus Frauenspersonen“.⁴⁵ Der Einsatz eines bekannten sozialdemokratischen Rechtsberaters und der Widerspruch sämtlicher Angeklagten halfen wenig.⁴⁶ Ein Freispruch war nicht zu erreichen, weil die „Gegenstände, welche in den erweiterten Vereinsversammlungen verhandelt wurden“, durchaus als politische angesehen wurden, „denn sie bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“.⁴⁷ Der Arbeiterinnenverein wurde aufgelöst. Die Vorstandsmitglieder Marie Hofmann, Emma Ihrer und Johanna Jagert wurden zu je 60 Mark, Pauline Staegemann zu 100 Mark Geldstrafe wegen „Teilnahme an politischen Aktivitäten und Zugehörigkeit zur SPD“ verurteilt. Staegemann wurde härter als die anderen bestraft, weil sie wegen desselben Delikts schon einmal verurteilt worden, also „rückfällig“ geworden war. Geldstrafen in dieser Höhe trafen die werktätigen Frauen zu jenen Zeiten empfindlich. Sie führten den politischen Kampf nun in der Illegalität weiter.

Die Erfindung der Vertrauenspersonen

Die Proletarierinnen schienen der Tarnung in Bildungsvereinen, Sterbekassen und Nähstuben sowie der ewigen Verfolgung müde geworden zu sein. Sie wollten sich jedoch, im Gegensatz zur sich immer mehr bürokratisierenden Arbeiterbewegung in SPD und Gewerkschaften, ihre basisdemokratische Orientierung erhalten. Ab 1889 organisierten sie sich zunächst in Agitationskommissionen, die Frauen zusammenführten, mit politischem Propagandamaterial versorgten und ganz allgemein der Bildung dienen sollten.⁴⁸ Als auch diese Kommissionen verboten wurden, weil sie von der „Obrigkeit“ zu politischen Vereinen erklärt worden waren, hatten die sozialdemokratisch orientierten Genossinnen eine geniale Idee: Anstelle von Agitationskommissionen sollten einzelne

⁴⁵ So der Strafrichter Brausewetter, zit. nach Karin Junker, „25 Jahre AsF – Wir haben die richtigen Frauen“. Rede anlässlich der AsF-Bundeskonferenz am 5. Juni 1998 in Münster (Manuskript), S. 3.

⁴⁶ Adeline Berger, Die Auflösung der Arbeiterinnenvereine, in: Die zwanzigjährige Arbeiterinnen-Bewegung Berlins und ihr Ergebnis. Beleuchtet von einer Arbeiterin, Berlin 1889, S. 44–48.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Baader, Steiniger Weg (wie Anm. 11), S. 44.

weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, die auch die spitzfindigste Polizeibehörde nicht zu einem „politischen Verein“ erklären konnte.⁴⁹ Einzelne Personen konnte man zwar schikanieren und diskriminieren, aber nicht auflösen. Binnen kurzer Zeit bildete sich, ausgehend von der Berliner proletarischen Frauenbewegung, im gesamten Land ein Netz politisch agierender Frauen. Reichsweit waren ungefähr 400 solcher weiblichen Vertrauenspersonen in den 1880er Jahren auf der örtlichen Ebene für die SPD-Parteiarbeit verantwortlich. Otilie Baader wurde als eine der drei ersten Vertrauenspersonen der SPD in Berlin ernannt und war in der Partei für die Frauenarbeit zuständig. Sie sah ihre Aufgabe vor allem in der Vernetzung mit weiblichen Vertrauenspersonen aus anderen Städten und in der Ausbildung von „Agitatorinnen“. Die Genossinnen würdigten ihre Arbeit, indem sie sie am 15. September 1900 auf der ersten Sozialdemokratischen Frauenkonferenz zur „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands“ wählten. Baader richtete innerhalb der SPD das Frauenbüro mit ein und arbeitete dort zunächst vier Jahre lang ehrenamtlich, bis sie ab 1904 als erste Funktionärin in der SPD besoldet wurde. Als Zentralvertrauensperson war sie führend am Aufbau einer sozialistischen Frauenbewegung beteiligt. Auf zahlreichen nationalen und internationalen Versammlungen und Konferenzen forderte sie die Einführung des Frauenstimmrechts, engagierte sich für den Frauen- und Kinderschutz und plädierte für eine bessere Arbeiterinnenbildung. Sie schrieb regelmäßig für die proletarische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*.⁵⁰ Die Zahl der Vertrauenspersonen in Deutschland stieg zwischen 1901 und 1907 von 28 auf 405 an, die der Abonentinnen der *Gleichheit* zwischen 1900 und 1907 von 4.000 auf 75.000. Die Zahl der Leserinnen war mit Sicherheit wesentlich höher, weil die Zeitschrift unter Frauen weitergegeben wurde. Die proletari-

⁴⁹ Ebd., S. 52.

⁵⁰ Zur proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ siehe: Mirjam Sachse, Von „weiblichen Vollmenschinnen“ und Klassenkämpferinnen. Frauengeschichte und Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891–1923). Dissertation im Fachgebiet Geschichte der Universität Kassel 2010.

sche Frauenbewegung war nicht mehr aufzuhalten, trotz aller Schikanen und Behinderungen.

Das Ende der Illegalität

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes zum 1. Oktober 1890 entwickelte sich die SPD zur stärksten Partei Deutschlands und zur sozialistischen Massenpartei. Zwar gingen die Repressionen gegenüber den Frauen weiter, denn das preußische Vereinsrecht verbot ihnen noch bis 1908 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Die SPD konnte jedoch die Anliegen der proletarischen Frauenbewegung nun im Reichstag besser unterstützen. Die Vertrauensfrauen arbeiteten weiter und trafen sich ab 1900 regelmäßig zu offenen Frauenkonferenzen, die alle Aktivistinnen zusammenführten und dem überregionalen Austausch dienten. Bereits im Mai 1895 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mehrere Anträge gestellt, die darauf abzielten, dem Versammlungsrecht für „Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts“ Geltung zu verschaffen und entgegenstehende Gesetze und Verordnungen aufzuheben.⁵¹ Erst 1908 wurde das Reichsvereinsgesetz – nicht zuletzt durch den jahrzehntelangen engagierten Kampf der sozialistischen Frauenbewegung – aufgehoben.⁵² Das daraufhin in Kraft getretene neue Vereinsgesetz gab Frauen endlich das Recht, sich politischen Parteien und Organisationen anzuschließen. Viele von ihnen traten nun in die SPD ein und wurden in der proletarischen Frauenbewegung aktiv. Innerhalb der SPD wurde dieser Entwicklung mit einer Art Quotenregelung Rechnung getragen: „Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl [gemeint ist ihr Mitgliederanteil in der Partei, G.N.] im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören.“ Jener von Otilie Baader formulierte Grundsatz wurde von der SPD-Frauenkonferenz im Jahr 1908 angenommen und vom folgenden Parteitag der SPD übernommen.⁵³ Die innerparteiliche Quotendiskussion war damit eröffnet.

⁵¹ Baader, Steiniger Weg (wie Anm. 11), S. 53.

⁵² Vereinsgesetz vom 19. April 1908 in: Deutsches Reichsgesetzblatt, Bd. 1908, Nr. 18.

Mit dem Ende der politischen Arbeit im Untergrund und der Aufhebung des Reichsvereinsgesetzes 1908 wurde das System der Vertrauenspersonen in der SPD im gleichen Jahr abgeschafft. Im Jahr 1908 verzichtete Otilie Baader, auch aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters, zugunsten der jüngeren Hamburgerin Luise Zietz (1865–1922)⁵⁴ auf die Leitung des Frauenbüros und auf den mit dieser Position verbundenen, neu eingerichteten – und einzigen – Sitz für Frauen im Parteivorstand. Baader arbeitete aber weiterhin im Frauenbüro mit, bis dieses 1912 endgültig aufgelöst wurde. Die Frauenarbeit war nun voll in den Parteiapparat integriert. Wählen durften Frauen in Deutschland bis 1918 noch immer nicht. Zu groß waren die Widerstände, und zu uneinig waren sich die Frauen der verschiedenen Strömungen. Das Erfurter Programm der SPD von 1891 beinhaltete die Forderung nach einem gleichen und freien Wahlrecht für alle – ohne Unterschied des Geschlechts und der Klasse. Auf der SPD-Frauenkonferenz, die im Jahr 1906 in Mannheim stattfand, wurde der Beschluss gefasst, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen.⁵⁵

Die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale

Vom 14. Juli – dem Gedenktag der Französischen Revolution – bis zum 20. Juli 1889 konstituierte sich in Paris die Zweite Sozialistische Internationale, um die zunehmenden nationalen Kämpfe der Arbeiterklasse auch grenzübergreifend zu vereinen. Unter den ungefähr 400 Delegierten befanden sich lediglich sechs Frauen, darunter Clara Zetkin, Emma Ihrer und Gertrud Guillaume-Schack. Dabei war im Einladungsschreiben ausdrücklich betont worden, dass die Sozialisten Arbeiter wie Ar-

⁵³ Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll des Parteivorstands der SPD 1908, S. 485 f. (Frauenkonferenz), S. 547 (vom Parteivorstand angenommene Anträge), S. 460 (Wahl des Parteivorstands).

⁵⁴ Zur Person siehe Gisela Notz, Von der Heimweberin in die höchsten Ränge der SPD: Luise Zietz (1865–1922), in: Uli Schöler / Thilo Scholle (Hg.): Weltkrieg, Spaltung, Revolution, Bonn 2018, S. 102–117.

⁵⁵ Clara Zetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechts. Bearbeitet nach dem Referat auf der Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim, Berlin 1907, S. 84 f.

beiterinnen – ohne Unterschied des Geschlechtes oder der Nationalität – in ihre Organisation einschlossen.⁵⁶ Die geringe Anzahl weiblicher Delegierter mag für den deutschen Kontext eine Folge des damals noch gültigen Sozialistengesetzes gewesen sein. Einige der Kämpferinnen lebten gar nicht mehr in Deutschland. Gertrud Guillaume-Schack, die 1886 nach dem Verbot des *Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen* Deutschland im Jahr 1886 verlassen musste, war nach Paris gekommen, um die englische Arbeiterinnenbewegung zu vertreten. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale forderte sie das uneingeschränkte Frauenstimm- und Wahlrecht.⁵⁷ Clara Zetkin hielt eine Rede zur allgemeinen Lage der Arbeiterinnen im Kapitalismus und begründete die Notwendigkeit der Entstehung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisierung der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft ablehnend gegenüberstanden, forderte Zetkin, dass sie sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit und auf ökonomische Sicherheit einsetzen sollten. Dies waren die ersten Auftritte von Frauen, die vor einem internationalen Gremium die Emanzipation ihres Geschlechts einforderten. Bereits auf diesem Kongress wurden erste Absprachen über die Gründung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung getroffen.

Am Sonnabend, dem 17. August 1907, trafen sich erstmals 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee auf der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen und gründeten die Sozialistische Fraueninternationale. Der Anstoß zu dieser Konferenz, die in Stuttgart einen Tag vor Beginn des siebten Internationalen Sozialistenkongresses stattfand, kam von deutschen Aktivistinnen – vor allem von Clara Zetkin, die 1890 aus dem Exil in Frankreich nach Deutschland zurückgekehrt war, und von Otilie Baader, der zu dieser Zeit zentralen Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutsch-

⁵⁶ Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Berlin 1978.

⁵⁷ Jürgen Kirchner, *Zur Frauendelegation auf dem Gründungskongress der II. Internationale*, in: *Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“*. X. Clara-Zetkin-Kolloquium, Leipzig 1989, S. 8-15, hier S. 13.

lands.⁵⁸ Baader eröffnete den Kongress mit den Worten: „Ich begrüße alle Mitkämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen“. Damit setzte sie der Konferenz eine deutliche Aufgabe. Auf der Tagesordnung standen zudem die Berichte über die sozialistischen Frauenbewegungen in den verschiedenen Ländern sowie die zukünftigen Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen. Otilie Baader berichtet über die Situation in Deutschland. Sie sprach über das Verbot der politischen Organisation von Frauen sowie über die Schikanen der Verfolgung und die Auflösung von Zusammenschlüssen insbesondere proletarischer Frauen.⁵⁹ Baaders Bericht ähnelte jenen der Genossinnen aus den anderen Ländern.⁶⁰

Alle teilnehmenden Sozialistinnen erhofften sich von einem weltweiten Zusammenschluss der Frauen eine Stärkung ihrer Position – vor allem für den Kampf um das Frauenwahlrecht. Sie wollten sich mit Genossinnen der sozialistischen Parteien in der ganzen Welt solidarisieren und damit das Gewicht der internationalen Linken erhöhen: Sie hatten schon damals erkannt, dass viele Probleme nicht auf nationaler Ebene zu lösen waren.

Auf dem Gründungskongress der Sozialistischen Fraueninternationale wurde auch Rosa Luxemburg (1871–1919), Mitglied der polnisch-russischen Delegation, „mit lebhaftem Beifall begrüßt“.⁶¹ Ihre Redebeiträge erhielten große Aufmerksamkeit und ihr Wort hatte Gewicht: Nachdem sich Luxemburg mit Nachdruck für Luise Zietz' Vorschlag, ein internationales Frauenbüro in Stuttgart einzurichten, eingesetzt und ihrer Bewunderung für ihre Freundin Clara Zetkin Ausdruck verliehen

⁵⁸ Zur Gründung der sozialistischen Fraueninternationale siehe Notz, „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht... (wie Anm. 18).

⁵⁹ Otilie Bader, Bericht der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands an die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und den Internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart 1907, in: Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, abgehalten in Stuttgart 1907, S. 3–20.

⁶⁰ Berichte für die erste Internationale Konferenz (wie Anm. 59), S. 20–49.

⁶¹ Protokolle der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, erster und zweiter Verhandlungstag am Sonnabend, den 17. August 1907, und Montag, den 19. August 1907.

hatte, die „auch diese Arbeitslast“ noch auf sich nahm, wurde dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Diese Konferenz gab den entscheidenden Anstoß für das Entstehen einer relativ eigenständigen sozialistischen Frauenbewegung. Ihr Organ war fortan die Zeitschrift *Die Gleichheit*.

Der Internationale Frauentag

Auf der zweiten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, die im Jahr 1910 in Kopenhagen stattfand, beantragten Clara Zetkin und Käthe Duncker (1871–1953) zusammen mit anderen Genossinnen eine Abstimmung über die Durchführung eines jährlichen Internationalen Frauentages, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am 19. März 1911 fand der erste Internationale Frauentag statt, und er wurde ein voller Erfolg.⁶² *Die Gleichheit* berichtete über 42 Veranstaltungen, die allein in Groß-Berlin stattfanden: „Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.“⁶³ Auch im darauffolgenden Jahr fanden Hunderte von Frauenversammlungen statt, in denen Frauen ihrer Forderung nach einer Teilnahme an den Reichstagswahlen Ausdruck verliehen. Kurz darauf – am 12. Mai 1912 – hielt Rosa Luxemburg in Stuttgart eine Rede, in der sie unter dem Motto „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf verurteilte und den Kampf dagegen als Bestandteil des Klassenkampfes deklarierte. Luxemburg verwies darauf, dass die kraftvolle Bewegung von Millionen Proletarierinnen gegen dieses Unrecht ein „untrügliches Zeichen“ dafür sei, „dass die gesellschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staatsordnung morsch und ihre Tage gezählt sind“.⁶⁴ Außer in Deutschland wurde der Frauentag im Jahr 1911 auch in den USA, in der Schweiz, in

⁶² Zur Geschichte des Internationalen Frauentages vgl. Gisela Notz, *Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität*, Berlin 2011.

⁶³ *Die Gleichheit*, 20. Jg., 27. März 1911.

⁶⁴ Rosa Luxemburg, *Frauenwahlrecht und Klassenkampf*, in: *Frauenwahlrecht – Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag*, Stuttgart, 12. Mai 1912.

Dänemark und Österreich begangen. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen Frankreich, Holland, Schweden, Russland und Böhmen hinzu.

Motivation und intersektionale Herausforderungen

Die sozialistischen Vorkämpferinnen forderten die volle soziale und menschliche Befreiung und Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts. Für sie war die Frauenfrage im Zusammenhang mit dem historischen Materialismus wesentlicher Teil der allgemeinen sozialen Frage. Ihr Handeln wurde von der Auffassung geleitet, dass nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus durch das sich befreiende Proletariat allen Frauen „voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum“ (Zetkin) bringen werde, und nicht die formale Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Die Sozialistinnen sammelten, organisierten und schulten vor allem die Proletarierinnen für den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“.⁶⁵ Und dieser Kampf sollte Schulter an Schulter mit den Genossen geführt werden, bis die Revolution der bürgerlichen Ordnung – und damit auch die Frauenbefreiung – erreicht war.

Doch auch in den Reihen der Arbeiter besaß die proletarische Frauenbewegung nur wenige Fürsprecher, denn viele von ihnen wünschten sich eine Hausfrau nach bürgerlichem Vorbild. Daher kämpften sie lieber für einen Lohn, der ihnen gestatten sollte, Frauen und Kinder allein zu ernähren, und somit ihren Frauen ermöglichen sollte, zu Hause zu bleiben.⁶⁶ Viele Arbeiter fürchteten die Selbständigkeit der Frauen und lehnten ihre Separation in „reine Frauengruppen“ ab. „Es gibt Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie [sic!] der Kapitalist dem Sozialismus“, so stellte es August

⁶⁵ Otilie Baader, Bericht der sozialdemokratischen Frauen (wie Anm. 59), S. 3.

⁶⁶ So z. B. die Petition des Bergarbeiters Siegel, einer der Wortführer und Organisatoren des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1889, an Kaiser Wilhelm II. Zitiert nach Holger Paul, Funktionäre. Biographische Profile, in: Lutz Niethammer u. a. (Hg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“, Bonn 1985, S. 136.

Bebel (1840–1913) fest.⁶⁷ Bebel war seit 1871 Abgeordneter des Deutschen Reichstags und seit 1892 Vorsitzender der SPD, er gehörte zu den wichtigsten Wortführern der deutschen Arbeiterbewegung. Er schrieb nicht nur das heute noch lesenswerte Buch *Die Frau und der Sozialismus*, sondern unterstützte auch die proletarische Frauenbewegung. Nachdem 1891 die Forderung nach gleichem Wahlrecht für alle in das SPD-Parteiprogramm eingeschrieben worden war, brachte August Bebel diese Forderung im Jahr 1895 in den Deutschen Reichstag. Er musste dabei das Gelächter der Männer aus allen anderen Parteien ertragen. Keine Partei außer der SPD vertrat die Frauenbewegung im Reichstag, keine setzte sich für ihre Interessen ein.

Im Kampf um das Frauenwahlrecht wurden die klassenspezifischen Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen politischen Vorstellungen deutlich, die sowohl unter den Männern als auch unter den Frauen existierten. In fast allen Ländern forderten „gemäßigte Bürgerliche“ für Frauen die gleichen Rechte wie für Männer. Wenn also die Männer nach dem Dreiklassenwahlrecht wählten, so sollten dies auch Frauen tun dürfen, denn die Bürgerlichen unter ihnen gehörten meist den höheren Klassen an. Lediglich einige Gruppen „radikaler“ bürgerlicher Frauen kämpfte wie die Sozialdemokratinnen für das gleiche und freie Wahlrecht für *alle* Menschen. Aus diesem Grund arbeiteten die Sozialdemokratinnen nur punktuell mit den bürgerlichen Frauengruppen zusammen. Hinzu kam, dass die wenigsten bürgerlichen Frauen sich mit ihnen an einen Tisch setzen wollten.

Erster Weltkrieg und neue Bündnisse

Der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung ein. Die Kämpfe des linken sozialistischen Flügels gegen den Krieg blieben ohne Wirkung. Die gesamte Sozialistische Internatio-

⁶⁷ Zitiert nach Anja Weusthoff / Christoph Günther, Der lange Weg zum Frauenwahlrecht, in: Deutscher Gewerkschaftsbund, Politik und Gesellschaft, 26. Februar 2018, [<https://www.dgb.de/themen/++co++dc9be51c-1897-11e8-8d11-52540088cada>].

nale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf. Internationale Frauentage konnten in Deutschland nur noch im Untergrund stattfinden. Sie wurden von den Behörden verboten. Aus patriotischen Motiven gründete die bürgerliche Gertrud Bäumer (1853–1954) den *Nationalen Frauendienst*, dem sich auch viele Sozialdemokratinnen anschlossen. Dafür erteten sie harsche Kritik von Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und anderen Genossinnen, die fortan den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf widmeten.⁶⁸ Viele Frauen schlossen sich 1917 der neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung nicht weiter mittragen konnten.

Das nahende Ende des furchtbaren Ersten Weltkriegs und die damit verbundenen politischen Unruhen gaben der Frauenwahlrechtsbewegung neuen Aufschwung. Das zuvor zerstrittene bürgerliche Frauenstimmrechtslager vereinigte sich wieder und begann mit den Mehrheitssozialdemokratinnen zusammenzuarbeiten. Gemeinsam veranstalteten sie mächtige Frauenversammlungen in allen größeren Städten. Der „gemäßigte“ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung hielt sich hiervon allerdings bis zuletzt fern. Die im Reichstag vertretenen Parteien beeindruckte das nicht, sie verhielten sich weiterhin ablehnend gegenüber dem Frauenwahlrecht. Erst die Dynamiken der Novemberrevolution brachten den entscheidenden Umschwung. Der Rat der Volksbeauftragten formulierte es in seiner Erklärung an das deutsche Volk vom 12. November 1918 eindeutig: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Damit war eine zentrale Forderung der Frauenbewegungen erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Zielsetzungen, jahrelang und mit sehr viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatten. Ihr Kampf war damit nicht zu Ende. Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Metropolen waren Frauen weiterhin aktiv, auch

⁶⁸ Ausführlicher in Notz, *Allgemeine, gleiche Wahlrecht* (wie Anm. 18), S. 38.

wenn sie in den Räten nur selten an einflussreicher Stelle arbeiteten.⁶⁹ Nach der Niederschlagung der Räterepublik begann der Wahlkampf für die Nationalversammlung und die anschließenden Reichstagswahlen, bei denen Frauen zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wählen und auch gewählt werden durften.

Am 19. Januar 1919 machten 82,3 Prozent der stimmberechtigten Frauen von ihrem Recht Gebrauch. Ihre Wahlbeteiligung war damit fast genauso hoch wie die der wahlberechtigten Männer, von denen 82,4 Prozent ihre Stimme abgaben. Für die verfassungsgebende Nationalversammlung kandidierten am 19. Januar 1919 300 Frauen. Unter den insgesamt 423 Abgeordneten, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 37 Frauen, wovon wiederum 19 der SPD oder der USPD angehörten. Diese Zahlen wurden im Folgenden lange Zeit nicht mehr erreicht. Auch auf internationaler Ebene war die sozialistische Frauenwahlrechtsbewegung breit aufgestellt, und in etlichen anderen Ländern konnte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Einführung des Frauenwahlrechts durchgesetzt werden – wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten und unter ungleichen Bedingungen.

Marie Juchacz hielt am 19. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament eine Rede. Ihre Eröffnungsworte „Meine Herren und Damen!“ weckten damals Heiterkeit bei den mehrheitlich männlichen Abgeordneten. Doch sie ließ sich nicht beirren und stellte fest, dass „es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat“. Weiter fuhr sie fort:

Ich möchte hier feststellen [...], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.⁷⁰

⁶⁹ Helga Grebing, *Frauen in der deutschen Revolution 1918/1919*, Heidelberg 1994, S. 11.

⁷⁰ Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Bd. 326: Stenographische Berichte. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1920 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919, Berlin 1920, S. 177–180.

Zersplitterung und Schwächung

Viele der weiblichen SPD- und USPD-Abgeordneten fanden sich seit dem Parteitag von 1922 – wenn sie nicht der im Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beigetreten waren, die ihre eigene Frauenbewegung gründete – in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wieder. Die frühere Kampfkraft konnte nach der Zersplitterung der proletarischen Frauenbewegung und der Sozialistischen Fraueninternationale nicht mehr hergestellt werden. Innerhalb des Reichstags konnten die Frauen der sozialdemokratischen Fraktionen einiges erreichen. Da die meisten selbst aus der Arbeiterklasse kamen, kannten sie die Probleme der ärmeren Schichten. Sie waren es vor allem, die dafür sorgten, dass die soziale Frage öffentlich diskutiert wurde.

Auf der internationalen Ebene versuchten sich die sozialdemokratischen Frauen in der Zwischenkriegszeit im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) neu zu formieren.⁷¹ Während des Gründungskongresses der SAI am 21. Mai 1923 in Hamburg führten sie die erste Internationale Frauenkonferenz nach dem Ersten Weltkrieg durch. Viele Frauen, die bereits vor dem Krieg aktiv waren, nahmen daran teil. Auch der Internationale Frauentag sollte wiederbelebt werden. Die zweite Internationale Konferenz 1925 in Marseille und die dritte 1928 in Brüssel widmeten sich ausschließlich reformerischen Themen, wie denen des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und der sozialen Fürsorge für Hilfsbedürftige und erwerbstätige Frauen. In Brüssel lehnten die Genossinnen – mit Rückblick auf die Schrecken des Ersten Weltkriegs – jede Kriegsdienstleistung durch Frauen für die Zukunft ausdrücklich ab.

Auf der letzten Frauenkonferenz der SAI 1931 in Wien wurden Resolutionen verabschiedet, die den aufkommenden Faschismus und die damit einhergehenden frauenfeindlichen Tendenzen sowie die mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Hetze gegen erwerbstätige Frauen

⁷¹ Zur Weiterarbeit auf internationaler Ebene siehe Notz, Allgemeine, gleiche Wahlrecht (wie Anm. 18), S. 49–56.

geißelten. Über Deutschland warf das Hakenkreuz bereits seine Schatten, als Marie Juchacz am 26. Februar 1932 – knapp ein Jahr vor der Machtübergabe an die Nazis – zum letzten Mal im Reichstag eine Rede halten konnte. Die Frauen rief sie dazu auf, den Kampf für Frieden und Freiheit aufzunehmen, „gegen den Todfeind: den Faschismus“. Leider wurde sie von zu wenigen gehört. 15 Jahre lang konnten Frauen wählen und durften gewählt werden. Dann wurde das Rad der Zeit durch die Machtübergabe an die Nazis zurückgedreht. Der Ausgang ist bekannt.